

(Abg. Brodauf.)

- (A) Inhaber gegen uns, d. h. nicht für Sozialdemokraten, so beweisen sie damit, daß sie bemüht sind, sich Bourgeois-Kundschaft zu erobern. Nicht nur eine Frau muß bei einem Händler nach seinem politischen Glaubensbekenntnis forschen, sondern eine größere Anzahl Frauen soll es tun, damit dem Manne bange wird vor den vielen Kunden, die ihm abtrünnig werden könnten.

(Hört, hört!)

Kurz, sie, die Frauen, müssen auf die betreffenden Kreise einen Terrorismus ausüben, der so stark wie nur möglich ist.

(Hört, hört!)

Die Tagespresse muß uns dabei zur Seite stehen. In jeder öffentlichen Versammlung muß diesem Terrorismus das Wort geredet werden."

(Hört, hört!)

Hiergegen, meine Herren zur Linken, nehmen Sie nicht Stellung. Im Gegenteil, wir erleben es: wenn Fälle von Terrorismus vor Gericht gebracht werden, so sucht unsere sozialdemokratische Presse sie zu beschönigen, wie ja der Betreffende selbst, der zur Verantwortung gezogen wird, sehr häufig sich an das bekannte Wort hält: „Si fecisti nega“.

- (B) Sehr charakteristisch war ein Fall in Chemnitz. Da hatte ein Streikposten einen Arbeiter, der zur Arbeit gehen wollte, nach dessen Behauptung „Lump“ genannt. Der Streikposten erklärt: „Das ist mir nicht eingefallen, ich habe nur, als der Arbeiter vorüberging, ein Billett von der Chemnitzer Straßenbahn in der Hand gehabt, und da steht auf der Rückseite die Annonce eines Chemnitzer Altwarengeschäftes, wo es heißt: Lumpen jeder Art kauft die und die Firma“.

(Heiterkeit.)

Da entrüstete sich die sozialdemokratische „Volksstimme“ nicht über den Terrorismus und jenen Einwand, dem das Gericht keinen Glauben geschenkt hat, sondern über das Gericht, das diese Ausrede nicht geglaubt hat.

(Heiterkeit.)

Meine Herren! Übelstände, wie sie durch die Interpellation zur Sprache gekommen sind, lassen sich nicht weglegen. Wir sind dafür, daß die persönliche Freiheit geschützt wird vor Angriffen anderer. Wir wollen vor allen Dingen nicht, daß die Koalitionsfreiheit, die mit Recht gewährleistet ist, dazu führt, daß auf einzelne ein Zwang ausgeübt wird, sich einer bestimmten Koalition anzuschließen.

(Sehr richtig!)

Aber, meine Herren, der Schutz der Arbeitswilligen wird nicht immer um der Arbeitswilligen selbst begehrt;

der „Schutz der Arbeitswilligen“ ist oft eine willkommene Formel für etwas ganz anderes, eine Formel für Bestrebungen gewisser Scharfmacherkreise, denen es nicht um Arbeitswillige zu tun ist, sondern darum zu tun ist, überhaupt die Grundlage unserer Gewerbeordnung, die wirtschaftliche Freiheit und Koalitionsfreiheit anzugreifen

(Sehr richtig!)

und Bestimmungen wie den Zuchthausparagrafen zu erstreben. Gegen solche Bestrebungen müssen wir uns auf das entschiedenste wenden. Keine Maßregel wollen wir, die auch nur im entferntesten an den Grundlagen der Koalitionsfreiheit und an den Grundlagen der Parität beider beteiligter Kreise rüttelt.

(Sehr richtig!)

Gangbare Vorschläge sind nun heute im Laufe der Verhandlungen eigentlich nicht gemacht worden, Vorschläge überhaupt nur von Herrn Abg. Dr. Böhme. Sie bewegten sich in drei Richtungen. Ich will heute bei der vorgerückten Zeit auf eine Kritik dieser Vorschläge nicht eingehen, ich will nur bemerken, sie erscheinen uns bei der oberflächlichen Betrachtung, die heute möglich war, nicht gangbar, und wenn wir dem Antrage zustimmen, den Antrag Dr. Böhme der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen, so bedeutet das keineswegs ein Einverständnis mit den Anregungen, die der Herr Abg. Dr. Böhme gegeben hat.

Aber den Herrn Abg. Dr. Böhme, der leider nicht anwesend ist, möchte ich doch auf eins hinweisen. Ich möchte ihn bitten, den Blick einmal in das eigene Lager zu richten. Wenn jetzt von Boykott gesprochen wird, gilt sehr das Wort: „Peccatur intra muros et extra.“ Gewisse Kreise, die dem Herrn Abg. Dr. Böhme nahe stehen, haben hier von den Sozialdemokraten leider gelernt.

(Zuruf links: Nein, im Gegenteil!)

Ende der 90er Jahre — (zur Linken gewendet) damals existierte meines Wissens Ihre Partei schon, und damals waren bereits die Klagen über den Terrorismus da —, da erklärte Herr Rupprecht-Ransern, einer der Gründer des Bundes der Landwirte: Wir müssen schreien bis zu den Stufen des Thrones, und wenn es nicht hilft, müssen die Landwirte unter die Sozialdemokraten gehen.

(Heiterkeit.)

In einem Punkte ist nun leider ein Teil der Herren — es liegt mir fern, den Vorwurf allgemein zu erheben — in die Schule der Sozialdemokraten gegangen, das ist gerade der wirtschaftliche Boykott.